

Kaufte auch Sachsen-Anhalt Landestrojaner bei Digitask?

Am 08.10.2011 veröffentlichte der Chaos Computer Club (CCC) die Analyse eines ihm in mehrfacher Ausführung zugespielten Schadprogrammes zur Computerspionage [1]. Wie sich im Rahmen der Untersuchung herausstellte, handelte es sich dabei um eine staatliche Software, mit der Ermittlungsbehörden die Computer von Verdächtigen ausspähen können.

In der Analyse wurde weiterhin deutlich, dass der Trojaner unter anderem zusätzliche Schadprogramme nachladen und installieren kann, sowie massive Sicherheitslücken enthält. Für die Überwachung werden zur Verschleierung der Steuerzentrale auch Server in den USA genutzt, wodurch sich weitere Problemfelder in Bezug auf Datenschutz und -sicherheit ergeben. Am schwerwiegendsten jedoch ist die Tatsache, dass die Funktionalität der Software weit über die Grenzen hinaus geht, die das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) in seinem Urteil im Jahre 2008 [2] vorgegeben hat.

Mittlerweile haben sich Vermutungen bestätigt, dass mindestens einer der Trojaner aus Bayern stammt [3,4] und dort bereits mehrfach eingesetzt wurde. Programmiert wurde die Software von der privaten hessischen Firma Digitask [5]. Inzwischen mussten auch das baden-württembergische [6], das brandenburgische [7] und das niedersächsische Innenministerium [8] die Beschaffung bzw. den Einsatz der Schnüffelsoftware einräumen - das BKA prüft unterdessen weitere Landesbehörden [9]. Das Magdeburger Innenministerium teilte auf Anfrage der Nachrichtenagentur DPA mit: "Die Polizei in Sachsen-Anhalt setzt keine Trojaner zum Ausspähen von mutmaßlichen Straftätern ein. Es habe bislang weder eine Online-Durchsuchung von Computern noch einen Abhörversuch mit spezieller Software auf dem Rechner von Verdächtigen gegeben. Software zur Durchführung dieser Maßnahme ist in Sachsen-Anhalt nicht vorhanden." [10]

Unter dem Aktenzeichen 13.25-81261-511/11 findet man jedoch im Internet Daten über einen vergebenen Auftrag des Technischen Polizeiamtes Sachsen-Anhalt vom 29.04.2011 [11,12]. Unter der vielsagenden Auftragsbezeichnung "Archivierungssystem für Telekommunikationssystem" wurde hier ein Auftrag ausgerechnet an die hessische Firma Digitask vergeben, die auch Lieferant des sogenannten Bayerntrojaners war.

"Diese Auftragsdaten lassen die Aussage des Innenministeriums, in Sachsen-Anhalt würde eine entsprechende Software weder genutzt, noch wäre sie überhaupt vorhanden, in einem doch etwas zweifelhaften Licht erscheinen." kommentiert Henning Lübbers, Vorsitzender der Piratenpartei Sachsen-Anhalt. "Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Verfahrensart. Diese wurde als Verhandlungsverfahren ohne Aufruf zum Wettbewerb festgelegt, was eine Auftragsvergabe ohne vorherige Veröffentlichung einer Vergabebekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union definiert. Die dabei formulierte Begründung: "Die Bauleistungen / Lieferungen / Dienstleistungen können nur von einem bestimmten Bieter ausgeführt werden, und zwar aus technischen Gründen" untermauert den benannten Verdacht zusätzlich." so Lübbers weiter.

Aufgrund der Sachlage hat sich der Vorstand des Landesverbandes dazu entschlossen, entsprechende Anfragen mit einem Fragenkatalog an das Innenministerium, das LKA, das Technische Polizeiamt, das Landesamt für Verfassungsschutz und den Polizeipräsidenten zu schicken. Weiterhin werden die Fraktionen im Magdeburger Landtag aufgefordert, entsprechende Anfragen an die Landesregierung zu stellen. Schlussendlich wurden auch an den Ministerpräsident und den Landesdatenschutzbeauftragten Sachsens-Anhalts appelliert, dem Beispiel der Bundeskanzlerin und des Bundesdatenschutzbeauftragten zu folgen und sich dieses verfassungs- und datenschutzrechtlich relevanten Themas dringend auf Landesebene anzunehmen.

"Wir erwarten hier dringend eine umfassende und konsequente Aufklärung seitens der Verantwortlichen." stellt Roman Ladig, stellv. Vorsitzender des Landesverbandes unmissverständlich klar. "Sollte dieses verfassungswidrige Spionageprogramm auch in Sachsen-Anhalt zum Einsatz gekommen sein, wäre das gerade angesichts des wohl vorschnellen Dementis seitens des Innenministeriums ein unglaublicher Vorgang. Eine derart grobe Verletzung verfassungsrechtlicher Vorgaben kann und darf dann nicht ohne personelle Konsequenzen bleiben. Ein sofortiger Einsatzstop des Trojaners verstünde sich angesichts der Fakten von selbst."

- [1] <http://ccc.de/de/updates/2011/staatstrojaner>
- [2] http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/rs20080227_1bvr037007.html
- [3] <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Staatstrojaner-Eine-Spionagesoftware-unter-anderem-aus-Bayern-1358091.html>
- [4] <http://www.stmi.bayern.de/presse/archiv/2011/385.php>
- [5] <http://www.digitask.de/>
- [6] <http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/deutschland/baden-wuerttemberg-stoppt-den-trojaner-einsatz--50456952.html>
- [7] http://www.morgenpost.de/newsticker/dpa_nt/regioline_nt/berlinbrandenburg_nt/article1789549/Brandenburg-setzt-Trojaner-Software-ein.html
- [8] <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/bundestrojaner101.html>
- [9] <http://de.reuters.com/article/topNews/idDEBEE7990BL20111010>
- [10] <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1318223476868>
- [11] <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:135850-2011:TEXT:IT:HTML&tabId=1>
- [12] http://ausschreibungen-deutschland.de/852_Archivierungssystem_fuer_Telekommunikationssystem_2011_Magdeburg

Pressekontakt

<http://www.piraten-lsa.de/presse>

E-Mail: presse@piraten-lsa.de

Tel.: 0176 - 420 637 74

Über die Piratenpartei:

Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) ist mit über 14.500 Mitgliedern die größte der nicht im Bundestag vertretenen Parteien. Die PIRATEN treten ein für Bürgerrechte, mehr direkte und indirekte Mitbestimmungsmöglichkeiten, Transparenz des Staates, Schutz der Privatsphäre, Bekämpfung von Monopolen, gebührenfreie Bildung sowie Offenlegung von öffentlich geförderten Forschungsergebnissen.

2009 erreichte die junge und aktuell bereits in 42 Ländern weltweit vertretene Bürgerrechtspartei bei der Europawahl in Deutschland 0,9% und bei der Bundestagswahl schon 2% der Stimmen. Im Europaparlament stellen sie durch die schwedische »Piratpartiet« zwei Abgeordnete und sind bundesweit bereits mit über 150 Mandaten in zahlreichen Kommunalparlamenten vertreten.

Am 18.09.2011 gelang es der Berliner Piratenpartei erstmals mit 8,9% der Stimmen und somit 15 Abgeordneten in ein deutsches Landesparlament einzuziehen.

Mit nunmehr über 280 Mitgliedern arbeitet der Landesverband Sachsen-Anhalt an den entscheidenden politischen Themen des 21. Jahrhunderts, für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

Deutschland: <http://www.piratenpartei.de>

Sachsen-Anhalt: <http://www.piraten-lsa.de>

International: http://wiki.piratenpartei.de/PP_International